

Beschlüsse und überwiesene Anträge
Unterbezirksparteitag, 12. März 2016

Beschlüsse:

- | | |
|------------------|--|
| A 1/2016 | Politische Offensive in Syrien
Antragssteller: Ortsverein Altstadt-Mitte |
| A 2/2016 | Sexualisierte Gewalt stoppen
Antragssteller: Arbeitsgemeinschaft Jusos |
| A 3/2016 | Präventionsnetzwerk kitab stärken
Antragssteller: Ortsverein Schwachhausen-Nord |
| A 5 /2016 | Sichere Herkunftsstaaten
Antragssteller: Arbeitsgemeinschaft Jusos |
| A 6/2016 | Nachbesetzung KOPs
Antragssteller: Ortsverein Arbergen/Mahndorf |
| A 7/2016 | Altersdiskriminierung stoppen
Antragssteller: Arbeitsgemeinschaft AG 60 plus |
| I 1/2016 | Nachhaltige Entwicklung des Geländes der Uni-Wildnis
Antragssteller: Initiativantrag |

Anträge an den Landesparteitag:

- | | |
|-----------------|---|
| A 1/2016 | Politische Offensive in Syrien
Antragssteller: Ortsverein Altstadt-Mitte |
| A 3/2016 | Präventionsnetzwerk kitab stärken
Antragssteller: Ortsverein Schwachhausen-Nord |
| A 7/2016 | Altersdiskriminierung stoppen
Antragssteller: Arbeitsgemeinschaft AG 60 plus |

An den Unterbezirksvorstand überwiesen:

- | | |
|------------------|---|
| A 4 /2016 | Beschlüsse mit Begründung veröffentlichen
Antragssteller: Ortsverein Schwachhausen-Nord |
|------------------|---|

Beschlüsse:

Für eine politische Offensive zur Konfliktlösung in Syrien und Irak

Die SPD Bremen fordert die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion auf, Initiativen zur politischen Konfliktlösung in Syrien und im Irak energisch voranzutreiben. Eine rein militärische Lösung des Konfliktes ist nicht möglich. Ohne politische Konfliktlösung droht die im Dezember 2015 beschlossene Teilnahme der Bundeswehr an der Militärintervention gegen den sogenannten Islamischen Staat nicht ein Beitrag zur Friedensschaffung zu werden, sondern den Konflikt zu vertiefen und den Zerfall der staatlichen und zivilen Ordnung in der Region noch zu beschleunigen.

Gemeinsam mit der EU muss Deutschland darauf dringen, dass alle Konfliktparteien – von den Großmächten Russland und den USA, über die Regionalmächte Türkei, Iran und Saudi-Arabien bis zu den verschiedenen direkt involvierten regionalen Konfliktparteien – an einer solchen Lösung mitwirken. Eine Konfliktlösung muss auf eine dauerhaft stabile politische Ordnung zielen und die Perspektive für eine positive soziale und ökonomische Entwicklung der Region bieten.

Ohne ein Konzept zur Lösung des zugrundeliegenden internationalen Konfliktes mit politischen, wirtschaftlichen und sozialen Mitteln auf politisch-diplomatischem Wege und ein darauf bezogenes Mandat der Vereinten Nationen kann zukünftig keinen weiteren militärischen Einsätzen der Bundeswehr oder Verlängerungen und/oder Ausweitungen solcher militärischen Mandate zugestimmt werden. Wenn innerhalb des jeweils beschlossenen Einsatzzeitraumes bei der politischen Konfliktlösung keine Fortschritte erzielt werden, muss das militärische Engagement Deutschlands beendet werden.

Sexualisierte Gewalt stoppen – rassistische Instrumentalisierung nicht hinnehmen

In der Silvesternacht 2015/2016 kam es am Kölner Hauptbahnhof zu zahlreichen sexuellen Übergriffen auf Frauen durch Gruppen von Männern. Dies löste eine intensive mediale Debatte aus, die wir an anderer Stelle häufig vermissen. Der Thematisierung der sexuellen Selbstbestimmung von Frauen gebührt mehr Raum, wie nicht nur der aktuelle Fall zeigt. Viele der Debattenbeiträge ließen aber darauf schließen, dass es ihnen nicht um Frauenrechte ging, sondern um deren Instrumentalisierung.

1. Wir müssen uns bewusst machen, dass sexualisierte Gewalt und ihre Verharmlosung (Rape Culture) ein grundsätzliches gesellschaftliches Problem ist, das nicht auf einzelne Vorkommnisse reduziert werden kann. Sexualisierte Gewalt gegenüber Frauen ist Alltag, an Silvester, am Rande von Werder-Spielen und vor allem in der eigenen Wohnung. Die Vergewaltigung der eigenen Ehefrau ist in Deutschland erst seit 1997 eine Straftat. Jede siebte Frau in Deutschland musste laut Terre des Femmes in ihrem Leben schon einmal sexualisierte Gewalt ertragen. Dass sogenannte „Pick-up Artists“, welche zu sexuellen Handlungen gegen den Willen der Frauen aufrufen und dies als ihre Meinungsfreiheit rechtfertigen, auch Erfolg mit ihren Veranstaltungen haben. Sexualisierte Gewalt muss gestoppt und in den Fokus der Politik gerückt werden.

2. Durch die mutmaßliche Herkunft der Täter kam eine erneute Diskussion zur Integration von Geflüchteten und Menschen mit Migrationshintergrund auf. Leider wurden die Kommentare und Forderungen über die Parteigrenzen hinweg immer populistischer. Zu schnell wurden wieder die Worte „Abschiebung“ und „kriminelle Ausländer“ benutzt. Wir verurteilen die Instrumentalisierung dieses Themas für rassistische Hetze. Sexualisierte Gewalt und sexistische Diskriminierungen sind gesamtgesellschaftliche Probleme, die in allen Bevölkerungsgruppen vorkommen. Wir fordern, dass sich differenziert mit dem Thema auseinandergesetzt wird.

3. Scheinheilige Sicherheitsempfehlungen und Verhaltenskodexe gegenüber Frauen wie „eine Armlänge Abstand“ lehnen wir ab. Offensichtlich müssen sich Frauen immer noch für ihr Verhalten sowie Auftreten rechtfertigen. Das ist keine neue Erscheinung. Ständig sind es Frauen, die sich nach sexuellen Übergriffen Verhaltensratschläge anhören müssen. Damit wird ihnen die Verantwortung an dem Geschehenen zugeschrieben. Für uns ist klar: Frauen dürfen sich verhalten oder anziehen wie sie wollen, ohne zu Opfern zu werden. Ändern müssen sich jene, die das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung nicht akzeptieren.

4. Der rasante Anstieg von Anzeigen, nachdem die Vorkommnisse in Köln medial präsent wurden, zeigt, dass sexualisierte Gewalt immer noch ein Tabuthema ist. In vielen Fällen kommt es nicht einmal zu einer Anzeige, weil der Tatbestand heruntergeredet wird; die Dunkelziffer ist groß. Wir fordern, dass dieses Thema nicht weiter bagatellisiert wird. Dazu müssen Politik und Frauenverbände Hand in Hand an einer Lösung arbeiten um einen Bewusstseinswandel zu erreichen.

5. Eine wichtige Rolle dabei spielt die Polizei. Auf Druck der Frauenbewegung wurden hier in den letzten Jahrzehnten Fortschritte erreicht, insbesondere bei der Sensibilisierung von Beamtinnen und Beamten und der verstärkten Einstellung von Frauen in den Polizeidienst. Die aktuellen Vorkommnisse zeigen, wie wichtig diese Politik ist und wir fordern, dass darin nicht nachgelassen werden darf.

6. Die Verharmlosung sexualisierter Gewalt hat auch mit Lücken im deutschen Strafrecht zu tun. Noch immer ist in Deutschland Sex gegen den Willen der/des Anderen nicht in allen Fällen strafbar. Der Gesetzentwurf von Heiko Maas soll nun Rechtslücken schließen, dank derer Vergewaltiger bisher oft straffrei ausgingen, etwa wenn Frauen sich nicht wehren, weil sie um die Gewaltbereitschaft des Mannes wissen. Dieser Prozess war vom Kanzleramt lange blockiert worden. Dass der Durchbruch nun gelungen ist, ist ein später, aber wichtiger Erfolg. Aber auch danach bleiben noch Rechtslücken bestehen.

Die SPD Bremen-Stadt spricht sich für weitere Verbesserungen in den parlamentarischen Beratungen aus, die das Prinzip "Nein heißt Nein" verankern.

Das Präventionsnetzwerk kitab in Bremen stärken

Für den Ausbau des Beratungsnetzwerkes kitab in Bremen stellt das Land Bremen im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens die ergänzenden Haushaltsmittel bereit, um die in Bremen aufkommenden Beratungsfälle adäquat bearbeiten zu können. Die Bundesregierung wird in diesem Zusammenhang aufgefordert, die bisherige Finanzierung des Projektes auch über 2016 hinaus weiter aufrecht zu erhalten, damit das Präventionsnetzwerk seine norddeutschlandweiten Tätigkeiten mit dem Ziel einer nationalen Präventionsstrategie fortführen kann.

Schutz vor Verfolgung gewährleisten – auch für Menschen aus dem Maghreb!

Die mögliche Einstufung von Marokko, Tunesien und Algerien als sogenannte „sichere Herkunftsstaaten“ widerspricht in den Augen der Bremer SPD dem Prinzip des Schutzes vor Verfolgung durch Asyl. Wir unterstützen Bürgermeister Carsten Sieling in seiner Feststellung, dass Bremen durch seine jahrzehntelangen partnerschaftlichen Verbindungen in die Westsahara um die Menschenrechtsverletzungen gerade in Marokko weiß und dieses Wissen nicht ignorieren kann. Im Bundesrat ist das Gesetzesvorhaben der Bundesregierung durch Bremen abzulehnen.

Schnelle Nachbesetzung von Stellen der Kontaktpolizisten

Der Unterbezirk Bremen-Stadt fordert den Senat zu einer schnelleren Nachbesetzung von freiwerdenden Stellen bei der Kontaktpolizei auf.

Beendigung der Altersdiskriminierung bei der Wahl von Schöffen

Der Unterbezirkparteitag, der Landesparteitag, der Bundesparteitag werden aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass die Altersdiskriminierung bei der Wahl von Schöffen beendet wird.

Dazu ist § 33 Gerichtsverfassungsgesetz (GVG) wie folgt zu ändern:

§ 33 Ziffer 2: „Personen, die das siebzigste Lebensjahr vollendet oder es bis zum Ende der Amtsperiode vollenden würden“ wird ersatzlos gestrichen. Weiterhin wird in § 33 Ziffer 1 GVG das 25. Lebensjahr durch das 18. Lebensjahr ersetzt.

Nachhaltige Entwicklung des Geländes der Uni-Wildnis

Um Klarheit über die mittel- und langfristige Entwicklung des Geländes zu erlangen, fordert der Unterbezirk Bremen-Stadt die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und die SPD-Bürgerschaftsfraktion auf, hier ein längerfristig nachhaltiges Konzept zu erarbeiten, das die derzeitige Nutzung als Zeltlager und den ökologischen Wert der Uniwildnis entsprechend festschreibt. Eine Mitnutzung zur Unterbringung von Flüchtlingen kann ebenfalls in Betracht gezogen werden. Eine Bebauung mit einer Berufsfeuerwehr einschließlich der dafür erforderlichen Versiegelungen und Zuwegungen lehnt der Unterbezirksparteitag ab.

**Anträge an den Landesparteitag,
30. April 2016:**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Für eine politische Offensive zur Konfliktlösung in Syrien und Irak

Die SPD Bremen fordert die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion auf, Initiativen zur politischen Konfliktlösung in Syrien und im Irak energisch voranzutreiben. Eine rein militärische Lösung des Konfliktes ist nicht möglich. Ohne politische Konfliktlösung droht die im Dezember 2015 beschlossene Teilnahme der Bundeswehr an der Militärintervention gegen den sogenannten Islamischen Staat nicht ein Beitrag zur Friedensschaffung zu werden, sondern den Konflikt zu vertiefen und den Zerfall der staatlichen und zivilen Ordnung in der Region noch zu beschleunigen.

Gemeinsam mit der EU muss Deutschland darauf dringen, dass alle Konfliktparteien – von den Großmächten Russland und den USA, über die Regionalmächte Türkei, Iran und Saudi-Arabien bis zu den verschiedenen direkt involvierten regionalen Konfliktparteien – an einer solchen Lösung mitwirken. Eine Konfliktlösung muss auf eine dauerhaft stabile politische Ordnung zielen und die Perspektive für eine positive soziale und ökonomische Entwicklung der Region bieten.

Ohne ein Konzept zur Lösung des zugrundeliegenden internationalen Konfliktes mit politischen, wirtschaftlichen und sozialen Mitteln auf politisch-diplomatischem Wege und ein darauf bezogenes Mandat der Vereinten Nationen kann zukünftig keinen weiteren militärischen Einsätzen der Bundeswehr oder Verlängerungen und/oder Ausweitungen solcher militärischen Mandate zugestimmt werden. Wenn innerhalb des jeweils beschlossenen Einsatzzeitraumes bei der politischen Konfliktlösung keine Fortschritte erzielt werden, muss das militärische Engagement Deutschlands beendet werden.

Der Landesparteitag möge beschließen:

Das Präventionsnetzwerk kitab in Bremen stärken

Für den Ausbau des Beratungsnetzwerkes kitab in Bremen stellt das Land Bremen im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens die ergänzenden Haushaltsmittel bereit, um die in Bremen aufkommenden Beratungsfälle adäquat bearbeiten zu können. Die Bundesregierung wird in diesem Zusammenhang aufgefordert, die bisherige Finanzierung des Projektes auch über 2016 hinaus weiter aufrecht zu erhalten, damit das Präventionsnetzwerk seine norddeutschlandweiten Tätigkeiten mit dem Ziel einer nationalen Präventionsstrategie fortführen kann.

Der Landesparteitag möge beschließen:

Beendigung der Altersdiskriminierung bei der Wahl von Schöffen

Der Unterbezirksparteitag, der Landesparteitag, der Bundesparteitag werden aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass die Altersdiskriminierung bei der Wahl von Schöffen beendet wird.

Dazu ist § 33 Gerichtsverfassungsgesetz (GVG) wie folgt zu ändern: § 33 Ziffer 2: „Personen, die das siebzigste Lebensjahr vollendet oder es bis zum Ende der Amtsperiode vollenden würden“ wird ersatzlos gestrichen. Weiterhin wird in § 33 Ziffer 1 GVG das 25. Lebensjahr durch das 18. Lebensjahr ersetzt.

An den Unterbezirksvorstand überwiesen:

Antragsteller: OV Schwachhausen-Nord	2016	A 4
--------------------------------------	------	-----

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Anträge mit Begründung veröffentlichen

Anträge an den Unterbezirksparteitages/ Landesparteitages werden künftig vorab und dauerhaft auf der Website des Unterbezirks/der Landesorganisation veröffentlicht.

Beschluss:

Überwiesen an den Unterbezirksvorstand
